

A N F R A G E von Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf)

betreffend Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern nach Italien und in andere Dublin-Staaten

Die Zahl der Asylgesuche bleibt nach wie vor sehr hoch. Rückführungen von rechtskräftig abgewiesenen Personen nach Italien werden trotz Dublin-Abkommen erschwert, gar behindert. Dies weil Italien die Zahl der Rückführungen begrenzt und selbst bestimmt wie viele Dublin-Fälle es pro Zeiteinheit zurück nimmt. Italien behält sich sogar vor, während der italienischen Sommerferien keine oder nur sehr wenige Dublin-Fälle entgegen zu nehmen. Zudem können abgewiesene Personen nur auf dem Luftweg nach Italien zurückgeführt werden. So ist es mittlerweile an der Tagesordnung, dass abgewiesene Asylbewerber, welche im Kanton Zürich aufgegriffen und nach Italien zurückgeführt werden, innert Kürze wieder bei uns anzutreffen sind. Derzeit betreffen zwei Drittel aller anerkannten Dublin-Fälle Italien. Die tiefe Rückführungsquote dürfte für Unmut sorgen. Fakt ist: Jeder Zehnte, der als sogenannter Dublin-ausgeschaffter Asylbewerber gilt, kehrt zurück und reicht erneut ein Gesuch ein, wovon der Kanton Zürich stark betroffen ist. Es wäre wünschenswert, wenn die Schweiz jedem nach Italien und auch in einen anderen Dublin-Staat zurückgeführten Dublin-Fall eine Einreisesperre auferlegen würde.

1. Was unternimmt der Regierungsrat konkret, insbesondere beim Bund, um diese Problematik allgemein in den Griff zu bekommen?
2. Welche Massnahmen und Instrumente wurden eingesetzt, um Rückführungen zu erleichtern und um Rückführungen nach Italien definitiv durchzusetzen?
3. Hat die Kantonspolizei die notwendigen Mittel und Instrumente, welche sie benötigt, um erschwerte Rückführungen durchzuführen? Genügen die Möglichkeiten des kantonalen Polizeigesetzes?
4. Die Tatsache, dass ein rechtsgültig abgewiesener Asylbewerber mehrfach in die Schweiz einreisen und jeweils ein Asylgesuch stellen kann, belegt, dass hier eine Gesetzeslücke besteht, was u.a. die hohe Anzahl von Asylgesuchen im Kanton Zürich erklärt. Ist der Regierungsrat bereit, auf Kantons- wie auch auf Bundesebene wirksam mitzuhelfen, diese Lücke zu schliessen? Wenn ja, wie? Welche Massnahmen und Sanktionen sind zu treffen bzw. wurden bereits getroffen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, sich für eine allgemeine Einreisesperre für zurückgeführte Dublin-Fälle einzusetzen und bei der Umsetzung mitzuhelfen?

Jacqueline Hofer